

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 292
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Das Notgesetz in Gefahr.

Man will freiwillige Mehrarbeit dulden.

Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Ueber ein Monat ist schon vergangen, seitdem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen die gemeinsame Forderung auf Schaffung eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages erhoben haben.

In allen Mitteilungen kehrt als Schwerpunkt dieses Kompromisses das Versprechen der Regierung wieder, eine Änderung des § 11 Abs. 3 der geltenden Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 herbeizuführen, wodurch die bisherige Stillschließigkeit des Arbeitgebers bei Annahme „freiwilliger Ueberarbeit“ nicht etwa gänzlich beseitigt, sondern nur eingeschränkt werden soll.

Nach der übereinstimmenden Meinung der wichtigsten Kommentare müssen alle die genannten Voraussetzungen zusammenzutreffen, wenn die Duldung der Mehrarbeit straffrei bleiben soll.

daß auf diesem Wege eine Unterbindung der Mehrarbeit so gut wie niemals erfolgt ist.

Es ist also nichts als eine Geste, wenn die Regierung glaubt, durch eine geringfügige Verschärfung dieser Bestimmungen den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften auch nur näherkommen zu können.

Wie können nicht glauben, daß derartig geringfügige Änderungen des geltenden gesetzlichen Zustandes von den Regierungsparteien als ein für die Gewerkschaften tragbares Kompromiß angesehen werden.

Die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge wollen den Achtstundentag wiederherstellen, wobei gewisse wirtschaftlich erforderliche Ausnahmen berücksichtigt sind.

Chinas Zerfall.

England sucht Verständigung mit Kanton.

London, 2. Dezember. (W.D.) Der diplomatische Berichtsersteller der „Morning Post“ schreibt: In gut unterrichteten Kreisen geht das Gerücht, daß eine wichtige Entwicklung in der britischen Haltung gegenüber der Kantonregierung binnen kurzem erwartet werden darf.

Eine Anerkennung der Kantonregierung durch eine europäische Großmacht ist eine zweischneidige Sache sowohl für China wie für England.

China so aufgewühlt wie im Boxeraufstand. London, 2. Dezember. (E.P.) Trotdem die Lage in Schanghai und anderen Plätzen Chinas eine gewisse Entspannung erfahren habe und für das Leben der Ausländer zurzeit keine unmittelbare Gefahr bestehe, konzentriert sich dennoch das gesamte Interesse der Londoner Morgenpresse auf die Lage in China.

in China angewiesen werden, jede provokatorische Handlung von Seiten der zwei dahin entsandten englischen Kriegsschiffe zu vermeiden.

Die liberale Presse fordert ein weitgehendes Entgegenkommen für die nicht ungerechten Wünsche der Chinesen nach einer Abschaffung der Vorrechte anderer Nationen.

Schanghai's Stacheldrahtverhau gegen die Kantonarmee.

London, 2. Dezember. (E.P.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist die Lage in Hankau weiterhin ernst und man befürchtet stündlich den Ausbruch von Feindseligkeiten.

In Erwartung eines Angriffs der Kantontruppen auf Schanghai wurden die dortigen ausländischen KonzeSSIONen mit Stacheldrahtverhau umgeben.

Amerika und die Kantonregierung.

Washington, 2. Dezember. (W.D.) Politische Kreise äußern die Ansicht, die Regierung betrachte die amerikanischen Streitkräfte in China als ausreichend.

Großkapital statt Staatsmonopol.

Paris, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vertreter der Arbeiter der staatlichen Streichholzfabriken haben am Donnerstag eine Besprechung mit dem Generaldirektor der staatlichen Werke über die von der Regierung beabsichtigte Abtretung des Streichholzmonopols an die Privatindustrie.

Wahlen in Dänemark.

Unter dem Zeichen schwerer Wirtschaftskrise.

Dänemark wählt heute zum Folkething, der Zweiten Kammer, und entscheidet damit über das künftige Schicksal des Kabinetts Stauning, des ersten sozialdemokratischen des Landes, das seit den letzten Reichstagswahlen im April 1924 die Regierung führt.

Stauning leitete eine Minderheitsregierung, wie sie nicht nur in Dänemark, sondern auch in den anderen skandinavischen Ländern nun schon längst zur Gewohnheit geworden sind.

Der letzte Anlaß zu der Reichstagsauflösung ist ein parteipolitischer, wenn auch der tiefste Grund wirtschaftlicher Natur ist.

Das Schicksal der dänischen Radikalen ist dem der demokratischen Parteien anderer Länder verwandt und beruht auf dem Zwiespalt zwischen politischer Liberalität und wirtschaftlicher Rückständigkeit.

Diese Erfahrung hat die Radikale Partei sowohl in ihrem Bemühen als auch in der Realität nicht verwirren können, und man versteht immerhin den Versuch, den Dve Rode in den letzten Monaten gemacht hat, mit der Bauernlinken Fühlung zu nehmen und mit ihr gemeinsam das Kabinett Stauning aus dem Sattel zu heben.

Als Stauning sich dieser ebenso groben wie verworrenen Taktik durch die unweibliche Erklärung widersetzte, er werde die von den Radikalen geforderte Einschränkung an seiner Vorlage, gegen die Konservative wie Bauernlinke sowieso stimmten, mit Reichstagsauflösung beantworten, tauchte Dve Rode inmitten des von ihm selbst geschaffenen Wirrwarrs mit dem abstrusen Gedanken einer aus sämtlichen Reichstagsparteien zu bildenden Koalitionsregierung auf.

Der tiefste Grund des Konflikts ist jedoch die schwere Wirtschaftslage des Landes, die in der Hauptsache durch den Begriff der Deflation gekennzeichnet wird.

dänische Krone, die bis auf die Hälfte ihres Wertes gesunken war, wird am 1. Januar 1927 wieder auf Pari stabilisiert sein. Daraus ergibt sich und ergab sich schon seit einiger Zeit, daß alle Wertpapiere, die die dänische Wirtschaft bei entwerteter Krone übernommen hatte, nunmehr zum doppelten Werte abgelöst werden müssen. Die ganze Ausfuhr hat darunter zu leiden, der innere Markt, auf dem die Einzelhandelspreise herabzusetzen bisher kaum nennenswert gelungen ist, ist merklich geschwächt, die Landwirtschaft ist schwer verschuldet, die Industrie ist ins Stocken geraten, die Arbeitslosigkeit, die ein gewisses Sinken aufwies, wieder im Steigen begriffen; sie hat im Augenblick rund 63 000 bei einer Gesamtbevölkerung von 3 1/2 Millionen (1925) erreicht. Diesen Uebelständen wollte Stauning durch ein großzügiges Krisenprogramm, das den verschiedenen notleidenden Erwerbszweigen des Landes gleichmäßig Zuschüsse, Darlehen oder Staatsgarantien gewährte, Steuern und aus diesem Programm haben die Radikalen, um es eben zum Bruch zu treiben, einen verhältnismäßig geringen Satz herausgebrochen und damit das Gesetz zu Fall gebracht.

Unmittelbar vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses prophezeiten sie zu wollen, ist ebenso schwer wie mühsam. Bei dem Kräfteverhältnis der bisher im dänischen Reichstag vertretenen fünf Parteien — die Kommunisten haben es bei den letzten Wahlen auf nur 6215 Stimmen bei einer Durchschnittsstimmenzahl von 8300 für jedes Mandat gebracht und sind bisher überhaupt nicht parlamentarisch vertreten gewesen — genügt eine kleine Verschiebung, um eine Mehrheit etwa für eine aus Konservativen und Bauernlinken gebildete Rechtsregierung zu schaffen. Immerhin wird man nicht fehlschießen, wenn man den Flügelparteien, den Konservativen wegen ihrer Schutzforderung, mit denen sie die Wirtschaftskrise beheben zu können glauben, einerseits und andererseits der Sozialdemokratie, die sich in ihrem zweiwöchigen Amtieren trotz der wirtschaftlichen Notlage des Landes sichtlich bewährt hat und durch ihre Krisenprogramm eine weiteren Verschlimmerung wirksam entgegenzutreten könnte, einen Zuwachs an Mandaten voraussetzt. Für die Sozialdemokratie besteht dann immerhin die Möglichkeit, daß sie sich mit jenem Flügel der Radikalen, der die Radikale Desperadopolitik nicht mitmachen wollte, zu einer neuen Regierungsgemeinschaft in Form einer unmittelbaren Koalition zusammenschließt.

Außenpolitisch wäre auch diese Lösung, bei der das Kabinett Stauning am Ruder bliebe, deswegen zu begrüßen, weil dann auf eine Fortsetzung der in der letzten Zeit mit Deutschland geführten Verständigungspolitik, die auch für das abgetretene Nordfriesland ihren Nutzen hat, zu rechnen wäre, während bei einem Radikalkabinett leicht die nationalistischen Bestrebungen wieder in diese guten Beziehungen eingreifen könnten.

Preußen und die „DAZ“.

Ein unsachlicher Angriff aus der Deutschen Volkspartei.

Stresemann, der durch seine „DAZ“-Affäre in einige Verlegenheiten geraten ist, sucht einen Blickwinkler. Anders kann man es sich nicht erklären, daß der Pressechef der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, im Anschluß an die Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages einen gegenwärtigen Angriff gegen den Reichspräsidenten Braun richtet, weil Preußen im August 1926 das Blatt erworben und erst später an das Reich verkauft hat. In höhnischer Weise unterstellt die „Nationalliberale Korrespondenz“ den sozialdemokratischen Parlamentariern, sie hätten lediglich deswegen nicht das Ministerium Braun einer öffentlichen Kritik unterzogen, weil man die Unterstützung auf Herrn Stresemann abladen wolle. Die Kritik endet mit der Behauptung, Braun habe auch dem Preussischen Landtag den Verkauf der „DAZ“ verheimlicht.

Wir haben vollständiges Verständnis für die Agitationsbedürfnisse der Deutschen Volkspartei, müssen uns aber doch darüber wundern, wie knapp ihr der Agitationsstoff bereits geworden ist.

daß sie nach dem plumpen Unwahrheiten greifen muß. Schon im vorigen Jahre hat die preussische Regierung im Haushaltsauschuß des Landtages über den Verkauf der „DAZ“ Mitteilung gemacht und den Sachverhalt vollkommen klargestellt. Damals hatte man aus dem Fonds von 16 Millionen, den Preußen zur Ergänzung seines durch den Krieg verlorenen Besizes an wertvollen Anlagen vom Reich erhalten hatte, das Besamunternehmen, nämlich den Verlag und die Druckerei der „DAZ“ gekauft, und zwar mit der Absicht, die Zeitung sobald wie möglich wieder abzustößen. Aus diesem Grunde wurden Verlag und Druckerei sofort voneinander getrennt und die letztere in eine Aktiengesellschaft eingebracht. Von alledem wußte der preussische Landtag. Das weitere ist erst in den letzten Wochen bekannt geworden. Stresemann war es, der das ganze Geschäft verheimlicht hat, bis er öffentlich gestellt wurde.

Der Gegenhieb der Volkspartei ist also mindestens recht ungeschickt geführt. Ob das Auswärtige Amt sein Prestige dadurch fördert, daß es seine Praktiken in dieser Weise verteidigen läßt, erscheint sehr zweifelhaft.

„Merkt es euch!“

Das System „Weltbühne“.

Die „Weltbühne“ vom 30. November enthält unter anderem folgende Stoffe:

Der Quell des Hebers.

Dieser Tage stellt man ein sozialistisches Mitglied des Preussischen Landtags wegen des Hohenzollernvertrages — einen Genossen vom linken Flügel der Fraktion.

„Ach, was wollen Sie — der Fraktionszwang...“
„Konnten Sie, mühten Sie nicht der Abstimmung fern bleiben?“

„Das kostet 25 Mark.“
„Merkt es euch! „Das kostet 25 Mark“ — sagt euer Abgeordneter. Für 25 Mark habt ihr ihn wohl auch gewählt. Mehr ist er nicht wert. Wenn wir das nächste Mal wählen, werden wir eine teurere Preisliste wählen.“

Damit Wilhelm der Scheintote nicht zu unseren Millionen kommt.

Diese schöne Geschichte hat den einzigen Nachteil, daß sie nicht wahr ist, weil sie nicht wahr sein kann. Der Verfasser, der sich hier die Sporen in der Verleumdung der Sozialdemokratie verdienen möchte, verwechselt nämlich die Geschäftsordnung des Reichstages mit der des Preussischen Landtages. Im Reichstag zieht allerdings das Fehlen bei einer namentlichen Abstimmung den Verlust der Diäten für den betreffenden Tag nach sich, im Landtag dagegen nicht. Nach der Geschäftsordnung des Landtages genügt es für den Abgeordneten, in die Anwesenheitsliste eingetragen zu sein, ob er an namentlichen Abstimmungen teilnimmt, ist für den Bezug von Diäten völlig unerheblich. Das Ganze ist also ein geheimer Schwindel. „Merkt es euch!“

Der Ehren-Rotarmiste.

Rot Front — Tatutata.

Früher wurde Wilhelm der Abgesandene Ehrenadmiral, Ehrengeneral, Regimentskommandeur in russischen Heere. Gern erstrahlte Seine Kaiserliche Majestät in Glanz fremder Uniformen. Heute — doch lassen wir lieber die „rote Fahne“ wütlich aus Moskau über den erweiteren Ossi herabstürzen:

„Dann überreicht Genosse Driow als Vertreter des Musterbataillons der höheren Schießschule Genossen Thälmann eine Rotarmistenuniform, wobei er mitteilt, daß das Bataillon Genossen Thälmann zum Ehren-Rotarmisten gewählt hat.“

Zugerechnet Thälmann, Hindenburgs Transportarbeiter, wird Ehren-Rotarmist! Doch die Bolschewiki, die Feinde bürgerlicher Kultur und bürgerlicher Verleumdung, zu den Mitteln feudaler Tradition greifen, um die Solidarität mit ihren Berliner Agenten zu befestigen, ist daran besonders hübsch. Fehlt nur noch das kaiserliche Tatutata als Kampfsignal — Heil Moskau!

Stresemann reist nach Genf.

Heute frühstückt er mit Tschitscherin.

Heute mittag gibt Reichsaussenminister Stresemann ein Frühstück zu Ehren des hier anwesenden russischen Außenministers Tschitscherin; auch der Reichskanzler wird anwesend sein.

Am morgigen Freitagabend reist Stresemann zur Tagung des Völkerbundsrates nach Genf, da inzwischen auch die Teilnahme Briands und Chamberlains an dieser Tagung sicher geworden ist.

Reichswehr und Rheinland.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat heute vormittag den Reichswahrminister Dr. Gessler und dann den Reichskommissar für das besetzte Rheinland empfangen. Es wird zwar nicht mitgeteilt, ist aber doch wohl anzunehmen, daß der Reichspräsident sich über gewisse Vorgänge in der Reichswehr und über die Frage informieren wollte, wie eine frühere Räumung des besetzten Gebiets zu erreichen sei.

Seipel gegen das „ewige Demonstrieren“.

„Der zweite deutsche Staat“ soll ewig bleiben.

Im Finanz- und Haushaltsauschuß des Wiener Nationalrats legte bei der Beratung der Ausgaben des Außenministeriums Bundeskanzler Seipel die österreichische Außenpolitik dar. Er erklärte: Mit Italien sei kein wirklich gutes und zufriedenstellendes Verhältnis möglich, solange die Klagen „von jenseits des Brenners“ nicht verstummen — Seipel scheint der Meinung zu sein, daß das faschistische Verbot des Namens Tirol auch für ihn gilt. Seine persönlichen Beziehungen zu Mussolini seien vom größtem Wert; in italienische Parteiverhältnisse könne er sich nicht einmischen. In der Frage des Anschlusses formuliert er die Meinung der Regierung in drei Grundzüge:

Wir meinen erstens, daß eine Politik des ewigen Demonstrierens tatsächlich keine Berechtigung hat, ja sogar schädlich ist. Zweitens sind wir der Meinung, daß wir Realpolitik treiben müssen, indem wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, daß der „Zweite deutsche Staat“, wie Oesterreich einmal in Berlin bezeichnet worden ist, bestehen kann und nicht etwa einem wirtschaftlichen Verfall oder einer sozialen Revolution anheimfällt.

Der dritte Grundpfeiler ist der, daß wir alles tun müssen, um der Welt das Vertrauen beizubringen, daß wie die Verträge a acht zeh n und auch nicht im geheimen auf einen Bruch der Verträge durch Mittel der Gewalt oder der Intrige hinarbeiten.

In diesen Grundpfeilern findet sich kein Wort davon, daß Seipel sich wenden wird gegen die immer wieder auftauchenden Versuche, Oesterreich von neuem durch Verträge vom Anschluß fernzuhalten. Mit der Formel, daß Oesterreich die Verträge achten wolle, unterschlägt der christlich-sozialen Führer Oesterreichs Europa planmäßig die Tatsache, daß die Friedensverträge von Versailles und St. Germain die Revision des Anschlußverbotes durch den Völkerbund ausdrücklich vorsehen. Diese Politik des ängstlichen Sich-Dudens vor anschlussfeindlichen Stimmungen des Auslandes mag früher einmal den Schein der Berechtigung vom Standpunkt einer Politik gehabt haben, die Oesterreich allein durch ausländische Kredithilfe sanieren zu können glaubte. Heute ist auch dieser Grund hinweggefallen. Mit seiner Wendung gegen das „ewige Demonstrieren“ beleidigt Seipel ebenso die 90 bis 95 Proz. aller Oesterreicher, die nach seinen eigenen Worten den Anschluß erstreben, wie die reichsdeutsche Volksbewegung, die Deutschlands nationale Einigung in der internationalen Einigung Europas erkämpft.

Hausmannskunst.

Am Thalia-Theater gab es gestern ein furchtbar niedliches Stück: „Der große und der kleine Klaus“, ein Märchen- oder Legendenspiel des schwedischen Erzählers Gustaf af Geijerstam. Es war einmal ein Dorf. Da lebten der schrecklich reiche und böse große Klaus und der nette, liebe, bettelarme kleine Klaus. Dahin kommt, ei guck da, unerkannt und sehr gering der Petrus, um sich des Treibens auf der Welt anzusehen. Der kleine Klaus ist ihm von vornherein sehr sympathisch; Petrus gibt ihm gute Lehren, auf daß er besser vorwärts komme im Leben. Aus dem kleinen Klaus entwickelt sich nunmehr ein Tausendfacher und Pfiffikus, der lauter lustige Streiche ausheckt und dabei viel Geld verdient. Darob gerät der große Klaus in Reid und erschreckliche Wut. Er will es ihm gleichtun, fällt aber jedesmal hinein. Zum Schluß kriecht er aus lauter Habgier in einen großen Sad und läßt sich vom kleinen Klaus im Bach ertränken. Der Petrus ist zwar mit der pfiffigen Auslegung seiner Ratsschläge nicht einverstanden, aber was soll er schon machen. Geijerstam hat kein Spiel vor anderthalb Jahrzehnten in Berlin einen Dauereffekt erzielt haben. Das ist aber noch kein zureichender Grund, es wieder auszugraben, denn bekanntlich ist die Zeit inzwischen weitergegangen, und wir ziehen es vor, andere dramatische Erzeugnisse zu sehen als ständliche Verniedlichungen. Die Märchenvorstellung ist weder für Erwachsene noch für Kinder geeignet. Der Humor ist so kindlich, und die Igrischen, stimmungsvollen Stellen so spärlich, daß sie über die Anspruchlosigkeit des Ganzen nicht hinwegtäuschen können. Kindern kann man das Märchen auch nicht empfehlen, weil, was sich im Buche allig liest, auf der Bühne geschmacklos erscheint. Wenn der kleine Klaus mit größter Seelenruhe und mit einem Kinderlächeln im Gesicht gefesselt läßt, daß jemand toteschlagen wird, nur damit er keinen Spaß hat, dann widert uns die zur Schau gestellte Gemütsarbeit an.

Aus dem unmöglichen Stück holten einige Darsteller allerhand heraus. Wolf Kersten, dessen Kunst, elegante Dandys unerhört bloßfert zu verkörpern, wir kennen, überraschte gestern als kleiner Klaus durch eine Wärme des Tons und durch eine herzerquickende Frische, die wir nicht erwartet hätten. Er brachte sogar das Kunststück fertig, mit seinem Kinderlachen die Herzlosigkeit vergessen zu lassen, die seiner Rolle das Gepräge gibt. Auch Hans Rierendorff, der die unbankbare Aufgabe hatte, den großen Klaus, den Bösewicht und Gewalttäter zu spielen, fand einen Ausweg zwischen Bösheit und Krokodilherz, indem er ganz feine Blätter des Humors aufleiste. In kleineren Rollen traten Agnes Müller, Hermann Heilweger und Otto Eggerich hervor. Woja Hart dagegen fehlt der Charme und die Anmut, die ihre Rolle allein erträglich machen können. Ihr ediges und harmvolles Wesen er-

müdet auf die Dauer. Bruno Ziener ist mit seinem Petrus überhaupt nicht fertig geworden. Ihn war nichts weiter eingefallen, als die Figur zu verniedlichen, und er wirkte daher wie ein ungeheuer improvisierter Weihnachtsmann.

Von einer Regietätigkeit war kaum etwas zu merken. Hans Felig ließ das Stück in dreierlei Weisheit dahinschleppen, so daß die sieben Akte noch langweiliger wirkten, als sie an sich sind.

Wenn endlich wird man mit der hausbackenen Kunst aufräumen, die sich in den Ablegern der Volksbühne seit längerer Zeit breit macht? Für die Volksbühnenmitglieder ist das Beste gerade gut genug. Sie haben ein Recht darauf, Werke zu sehen, in denen blühendes Leben pulstert, die Beziehungen zum Heute haben und zum Erlebnis werden. Ernst Degner.

Deutsche Feuilletonisten. Prezios und betont geistreich, doch mit ernster, männlicher Haltung spricht Karl Briniker im August-Förder-Saal über Deutsche Feuilletonisten „von Börne bis Kerr“. Aus der Menge der unglücklich Vielen wählt er die prägnantesten Erscheinungen aus und versucht mit kurzen, pointierten Worten ihre Gestalt zu umreißen. Börne, Heine und Saphir sind die leuchtenden Sterne aus der Zeit des „jungen Deutschland“, es folgen in Berlin Nordau, Fontane, Naumbner, und Wien wird um seinen Spitzer beneidet. Die Charakteristik Spitzers gelingt besser als die Naumbners oder Nordaus, deren Bilder bloß bleiben. Briniker liebt gepflegte Wendungen, die aber nicht immer das Wesentliche fassen. Eingebend behandelt er das moderne Feuilleton, vor allem die Wiener Schriftsteller Bahr, Altberg, Dr. Friedell, Kraus und Polgar und setzt sie in Parallele zu Berlin. Wien ist weicher, schmieglamer, eleganter und lebenswürdiger als Berlin. Selbst Karl Kraus wird auf diesem Generalnenner gebracht, und Polgar ist für Briniker „der“ Feuilletonist tänzerischer Leichtigkeit und beständigster Lebenswürdigkeit, ein Formkünstler, dem nur noch Wiel oder Lubertin zu vergleichen sind. Berlin besitzt in Sling den Gerichtsfeuilletonisten großen Stils, der trotz seiner leichten, geschliffenen Form die Seele der Menschen enthüllt, in Risch dagegen den Feuilletonisten der Sachlichkeit und in Hans W. Fischer den politischen Kämpfer. Doch für Kerr erscheint jeder dithyrambische Ausdruck noch zu kalt. Mit ihm endet Briniker seine Uebersicht. Darauf liest Gad Schara so Heine, Polgar, Kerr, Altberg. Was ist Brinikers Vortrag? eine schlängelnde Reue, eine anregende Plauderei, ein Bekenntnis, von dem man nicht Definitionen und exakte Katalogisierung erwarten darf.

Das sterbende München. Der geistige Niedergang Münchens ist jedem, der leben will, längst sichtbar geworden. Die deutsche Hochburg aller Rückläufigkeiten ist kein führender kultureller Mittelpunkt mehr. Das wird jetzt in München den Kulturellen, die die Bedeutung ihrer Stadt nicht nach dem Bierkonsum und den Filmverboten einschätzen, nur zu klar. In einer stark besuchten Versammlung, die die demokratische Partei Münchens in die Tonhalle zum Zwecke einer großen kulturpolitischen Kundgebung einberufen hatte, sprachen am Dienstag Thomas Mann, Landtagsabgeordneter Weismantel, Heinrich Mann, Kunstmaler Professor Will Geiger, Tonkünstler Professor Dr. Walter Gouvoisier und der neue Leiter

der graphischen Berufsschule München Paul Renner. In den Referaten wurde betont, daß der Zustand, in den München geraten sei, seit Jahren der gleiche bleibe. Es sei zu hoffen, daß die Blüte Münchens wiederkomme. Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff erklärte in seinem Schlusswort, in dem neuen deutschen Staat müsse Kunst und Literatur hochgehalten werden, und unsere Republik müsse eine Republik werden im Sinne des alten Athens.

Staatlich konfessionelle Spielerei — in Moskau. Nicht nur in Monte Carlo, sondern, so paradox es auch klingen mag, in Moskau gibt es eine staatliche Spielhölle. Unter den Kassen gibt es leibenschaffliche Spieler. Heute, wo die Einnahmen ziemlich gering sind, und das Geld im allgemeinen sich nicht leicht verdienen läßt, hat der Sursum um so mehr Gelegenheit, den Verlockungen des Spiels zu unterliegen. Nach den Entbehrungen der Hungerjahre macht sich in Russland ein Bedürfnis nach Luxus bemerkbar, und es gibt garzeit in Moskau wieder elegante Restaurants und schöne Sachen in den Schaufenstern. Woher soll der vernünftigen Kasse heute das Geld nehmen? In letzter Zeit sind Untersuchungen in staatlichen Truffs und ähnlichen Unternehmungen an der Tagesordnung. Die unterschlagnen Staatsgelder werden in den Spielhöllen umgelegt, und so hat der Staat auf Umwegen sein Geld wieder! Der Moskauer staatliche Spielklub befindet sich in einer der belebtesten Hauptstraßen und ist in einem fürstlichen Palais untergebracht. Das Lokal ist Tag und Nacht geöffnet. Die Säle sind zum Bersten voll. Das äußerliche Bild ist natürlich alles andere als elegant, obwohl man, wie überall in Russland, zwischen den einfachsten Kleidern, Tüll-Hemden und Arbeiterblusen, auch einen Frack nach Pariser Modell sehen kann. Ein beliebtes Hauptspiel ist in Moskau der Totalisator bei den Trabrennen. Bei jedem Trabrennen werden ungeheure Summen umgelegt, von denen der Staat gleichfalls einen großen Teil einsteckt.

In der städtischen Oper wird Sonnabend „Turandot“ in der Premiere-Befehung gegeben. Die musikalische Leitung hat Bruno Walter.

Der Junge Krebs gibt einen Kistorenabend im „Sturm“, Freitag, 2. Dezember, 8 Uhr.

Volksbühnen im Ausland. Wie die Theaterzeitung „Die Volksbühne“ mitteilt, sind in Warschau die Vorbereitungen zur Gründung einer „unabhängigen Volksbühne“ in Angriff genommen, obwohl die Behörden einige Schwierigkeiten bereiten. Weitere freie Volksbühnen im Ausland bestehen in Antwerpen, Gent und Luxemburg.

Das fromme Moskau. Durch einen Beschluß wird in Moskau ein Internationales Institut für religiöse Erziehung und religiöse Kunst eingerichtet.

In Spanien... Wie aus Madrid gemeldet wird, sind die Statuten der Spanischen Akademie dahin geändert worden, daß ihr nunmehr auch Frauen angehören können. Ferner sind Akademien für jeden spanischen Dialekt und für das Kastilische, das eine eigene Sprache ist, gebildet worden.

Plan eines italienischen Staatstheaters. Die Theaterdirektoren Grandino und Giribani haben Mussolini ihren Plan für die Errichtung eines Staatstheaters für dramatische Kunst in Rom, Mailand und Turin unterbreitet. Der Ministerpräsident versprach dieses Projekt sofort prüfen zu lassen. Der Bericht, der beiden Dramatikern betont die Schäden des Theaterlebens in Italien, das keine Reglementstheater und nur umherziehende Schauspielergesellschaften habe.

Mussolini greift nach Albanien. Ein Garantie- und Schiedsvertrag.

Während in Nordalbanien ein Aufstand lokaler Machthaber gegen die Zentralregierung Albaniens losbrach, ist es Mussolini gelungen, diese zu dem Abschluss eines Vertrages zu bestimmen. Dieser am 23. November in Tirana zwischen dem italienischen Botschafter und dem albanischen Außenminister unterzeichnete Vertrag gehört seiner Form nach durchaus in die Reihe der Sicherheitsverträge, wie sie seit Locarno in Europa modern geworden sind. Er geht, wie die Einleitung sagt, von dem Wunsch aus, den Bestanden Albaniens zu erhalten und „zur Sicherung des Friedens beizutragen“. Er ist auf fünf Jahre abgeschlossen und soll beim Völkerbund eingetragen werden. Die drei Hauptartikel lauten:

1. Italien und Albanien erkennen an, daß jede gegen den politischen, rechtlichen und territorialen Status quo Albaniens gerichtete Störung ihren gegenseitigen politischen Interessen widerspricht.

2. Für die Wahrung des oben erwähnten Interesses verpflichten sich die gegenwärtigen Vertragsparteien, sich ihre gegenseitige Unterstützung und freundschaftliche Mitarbeit zu leisten. Sie verpflichten sich ebenso, mit anderen Mächten kein politisches oder militärisches Abkommen zum Nachteil der Interessen der anderen Partei abzuschließen.

3. Die Vertragsparteien verpflichten sich, einem besonderen Versöhnungs- oder Schiedsgericht die Fragen zu unterbreiten, die sie eozl. trennen würden und die auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege nicht gelöst werden können. Die Modalitäten dieses friedlichen Regelungsverfahrens werden Gegenstand eines besonderen Übereinkommens bilden, das möglichst rasch abgeschlossen werden wird.

In diesen Formulierungen ist nicht ungeschickt versucht worden, den Schein der Gleichberechtigung zwischen der Großmacht von 40 Millionen und dem Kleinstaat von 800 000 Bürgern aufrechtzuerhalten. Insbesondere dient dazu die Bestimmung über die gemeinschaftliche Absicht, einen Schiedsvertrag abzuschließen. Dennoch zeigt dieser Vertrag deutlich den Unterschied zwischen Größe und politischem Gewicht beider Staaten. Nur verhält sich Albanien unter die politische Führung Italiens. Daß der politische, rechtliche und wirtschaftliche Bestand Albaniens zu einem gemeinschaftlichen Interesse beider Länder erklärt wird, bedeutet eben, daß Albanien sich in Zukunft von Rechts wegen gefallen lassen wird, wenn sich Italien um seine Angelegenheiten kümmert, sie zu gemeinschaftlichen erklärt und damit zu den seinigen macht. So ist es Mussolini gelungen, wenn auch noch nicht militärisch, so doch rechtlich und politisch daselbe Albanien in seine Interessensphäre einzubeziehen, dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit ein Gegenstand der Rivalitäten der Großmächte in den Jahren unmittelbar vor dem Weltkriege war.

Der Faschismus stellt den Vertrag allzu harmlos dar.

Mailand, 2. Dezember. (CP.) Zum Abschluss des italienisch-albanischen Freundschafts- und Sicherheitsvertrages belonen die Blätter, daß damit die Zwecke und Ziele der italienischen Balkanpolitik wieder deutlich als handelspolitisches und kulturelles Vordringen ohne Eroberungs- oder Vorherrschaftsabsichten klar gestellt worden seien. (1) Auf dem Balkan wünsche sich Italien keine Vorrangstellung zu sichern, sondern es wolle dort die friedlichen Grundlagen seiner Expansion immer besser befestigen. Dieses beruhigende Programm werde trotz aller Verdächtigungen und alles Mißtrauens Dritter fortgesetzt werden. Italien betrachte Albanien als ein Feld ruhiger Arbeit und habe ihm daher gern als erste Großmacht die Sicherheit seines Gebietes gewährleistet.

Gegen einen Nachfolger Krassins. Konservativer Unterhausprotest.

London, 2. Dezember. (CP.) 200 Mitglieder des Parlaments haben ein Memorandum an Baldwin unterzeichnet, in dem sie darauf hinweisen, daß es wünschenswert wäre, solange die Ernennung eines Nachfolgers für Krassin abzulehnen, bis Russland ganz bestimmte Zusagen hinsichtlich seiner Propaganda in England gemacht hat.

Die Urne mit der Asche Krassins ist in einem Sonderzuge nach Rostow gebracht worden. Auf dem Bahnhof legte Brodorski-Ranhan als Dozent (Kellner) des diplomatischen Korps einen Kranz nieder. Biergehaltige Trauer ist angeordnet.

Britische Weltkriegsdokumente. Beginn der Veröffentlichung.

Während die große deutsche Aktenpublikation vor ihrer Vollendung steht, beginnt die englische zu erscheinen. Die deutsche ging bis auf den Frankfurter Frieden von 1871 zurück, die englische geht erst 1808, vor dem Burenkrieg, ein. Diese umfaßt 54 Bände, diese ist auf 11 berechnet. Die englische Publikation geschieht unter der Oberleitung der auch auf dem Kontinent wohlbekannten Historiker G. A. H. Thompson. Die deutsche Ausgabe erscheint in der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte (Berlin).

Die englische Aktenveröffentlichung beginnt mit dem Schlussbande. Dieser umfaßt das Urkundenmaterial des englischen Auswärtigen Amtes vom Morde von Serajewo bis zum Eintritt Englands in den Krieg (28. Juni bis 4. August 1914). Dieser Band entspricht daher, wie mitgeteilt wird, nach Stoffkreis und Einteilung völlig den 1919 veröffentlichten „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch“. Während diese zuerst von Kautsky, dann von anderen, von Amtsstellen unabhängigen Forschern herausgegeben wurden, ist der Herausgeber der englischen Akten der „Historische Berater“ des Londoner Auswärtigen Amtes Headlam-Morley. Die Herausgabe der englischen Akten wurde Juli 1924 beschlossen. Sie ist das Verdienst der Regierung der Arbeiterpartei.

Der Gouverneur von Rom, Cremonesi, hat infolge Meinungsverschiedenheiten ersten Charakters mit der Regierung sein Amt niedergelegt. Mussolini hat den Rücktritt angenommen.

Der Verkauf des „Daily Chronicle“ bringt der Liberalen Partei eine Einnahme von etwa einer Million Pfund, wodurch der Fonds der Partei ungefähr verdoppelt wird.

Die Ukraine ist heute unter vier Staaten aufgeteilt. Die Sowjetunion umfaßt 30 Millionen Ukrainer, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien zusammen 8 Millionen. Berliner Vertreter dieser Westukrainer haben einen Klub gegründet, der für dieses zerrissene Volk das Interesse wahrhalten soll.

Um das Schulturnen.

Kann man mit ihm Rückgratverkrümmungen verhüten?

Der erste der vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin geplanten Ausspracheabende zur Erörterung von Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege, der am Mittwoch im Hygienischen Institut abgehalten wurde, fand eine sehr starke Beteiligung. Stadtmagistrat v. Drigalski wies in einer Begrüßungsansprache darauf hin, wie notwendig es ist, daß die Bevölkerung über Fragen aus diesem Gebiet belehrt wird, daß aber auch die Fachleute von Zeit zu Zeit in gemeinsamer Besprechung prüfen, ob sie mit ihrer Arbeit auf dem richtigen Wege sind. Unter anderem sind Erörterungen der Tuberkulosebekämpfung und des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten in Aussicht genommen, der erste Abend aber war der Frage einer Umgestaltung des Schulturnens gewidmet. Ein paar hundert Personen — Ärzte, Schulmänner, Turnfreunde — waren zusammengekommen, an diesem Ausspracheabend teilzunehmen.

Regierungsmedizinalrat Dr. Böhm, Leiter der Krüppelfürsorge, äußerte sich in seinem Vortrag nicht sehr günstig über die Erfolge des orthopädischen Schulturnens, das zuerst vor 20 Jahren in einigen Schulen (z. B. in Charlottenburg) zur Bekämpfung von Rückgratverkrümmungen und ähnlichen Störungen der Körperentwicklung eingeführt wurde. Da geplant sei, in Berlin für orthopädisches Schulturnen 200 000 bis 300 000 M. in den nächstjährigen Stadthaushalt einzustellen, so dürfe man wohl fragen, ob diese Lösung das richtige sei. Böhm hält für richtiger, dieses für Rückenmächlinge bestimmte Sportturnen aufzu-

geben und lieber das allgemeine Schulturnen so umzugestalten, daß es dazu beitragen kann, Körpermüßiggkeiten zu verhüten. Nur die Verhütung könne Aufgabe des Schulturnens sein, dagegen müsse die Heilung schon existierender Mißbildungen, die in der großen Mehrzahl auf Rachitis zurückzuführen sind, dem Arzt überlassen werden. Böhm vertritt sich Erfolge schon von einer stärkeren Pflege der Haltungsbewegungen im allgemeinen Turnen, die allerdings zu einer Einschränkung der Leistungsübungen führen müßte, wenn wir nicht die seit langem immer wieder geforderte und auch ihm sehr wünschenswert scheinende Einführung der täglichen Turnstunden erhalten.

An der Aussprache beteiligte sich unter anderem Prof. Dr. Bier, der Gründer der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. Er warnte vor einer „Verschulmeisterung“ und „Verärztlichung“ des Turnens, womit man die Leibesübungen dem Kinde nur vereiteln könnte. Sehr entschieden forderte er, daß nicht geurnt wird, doch müsse man dabei die Geschlechter trennen. Von anderen Rednern wurde zugunsten des jetzigen Turnunterrichts der Schulen angeführt, daß auch er schon reich an Haltungsbewegungen sei, so daß es der geforderten Reform nicht bedürfe. Die Bierische Forderung des Sportturnens wurde von mehreren Rednern unterstrichen. Klärung der Frage, ob Beibehaltung des orthopädischen Sportturnens oder Reform des allgemeinen Schulturnens vorzuziehen sei, wurde durch die dreistündige Erörterung nicht erreicht.

Der Versuchung erlegen.

Ein Chauffeur findet und unterschlägt 53 000 M.

Eines schönen Tages fand der Chauffeur H. in seiner Autodrasche eine Aktentasche, die 53 000 Mark bares Geld enthielt. Er fühlte sich reslos als glücklicher Finder, leider aber nicht als ehrlicher Finder. Und doch hätte die Ehrlichkeit ihm auch zu einem glücklichen Finder machen können, denn ihm stand ja ein Findergeld zu. So aber unterschlug er die 53 000 Mark reslos und muß nun dafür bitter büßen.

Es war im September dieses Jahres. In der Nähe der Reichsbank bestiegen sein Auto zwei Männer. Jeder hatte ein schweres Paket bei sich und einer von ihnen auch noch eine Handtasche. Am Gebäude des Außenministeriums verließen sie das Auto. Im Portal starrten sie plötzlich einander an: „Hast du die Aktentasche?“ — „Nein! Hast du die denn nicht?“ — „Nein!“ Sie stürzten auf die Straße. Das Auto war weg. Und mit ihm die 53 000 Mark in der Aktentasche. Der glückliche Finder, der Chauffeur H., war aber Bräutigam. So kam ihm das Geld als Hochzeitsgeschenk sehr gelegen. Er bezahlte seine Schulden, kleidete sich neu ein und baute Luftschlösser über die weitere Verwendung des Geldes. Die Polizei war aber schon hinter ihm her. Da die Beschreibung von Chauffeur und Auto durch die Beamten sehr mangelhaft war, gerieten zuerst verschiedene Chauffeure in den Verdacht, den Fund unterschlagen zu haben. Die Zeitungen verkündeten überall von den unglücklichen Verlierern. Der Finder hatte aber schon durch seine Ausgaben Verdacht erweckt; er wurde verraten und gefaßt. 1200 Mark hatte er bereits verausgabt. 1500 Mark hätte die Belohnung ausgemacht, wenn er seinen Fund abgeliefert hätte. In der Gerichtsverhandlung Berlin-Mitte beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Diamant plädierte für eine mildere Strafe und Bewährungsfrist. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und verweigerte ihm Bewährungsfrist und auch Haftentlassung. Es ist gewiß zu verurteilen, wenn ein Chauffeur einen Fund, den er in seinem Auto macht, unterschlägt. Andererseits ist es aber auch unverständlich, daß zwei Beamte, die ein Auto nehmen, um eine große Summe schnell und sicher zu befördern, dieses Geld im Auto liegen lassen. Vielleicht hätten doch zwei Monate Untersuchungshaft als Sühne für den unbescholtenen Mann und als abschreckendes Beispiel genügt. An Stelle der restlichen vier Monate Gefängnis wäre vielleicht die Wieder gutmachung durch allmähliche Abzahlung der 1200 Mark eher am Platze gewesen. Daß aber der Amtsgerichtsrat Pieper wegen Flußtauerbuchs die Haftentlassung ablehnte, obgleich der Angeklagte gegen das Urteil Berufung einlegte, schien unverständlich. Nichtverdacht lag in diesem Falle doch wirklich nicht vor.

Frau Gutbesitzer.

Die „Sehnsucht nach dem Lande“ machte es einem Heiratschwandler leicht, heiratslustige Damen in Berlin einzulassen. Er spiegelte ihnen vor, daß er das Gut Dreßen bei Paderborn besitze und schilderte ihnen die Landschaft und das Leben dort in den glänzendsten Farben. Nur war der „Gutbesitzer“ gezwungen, sein lebendes und totes Inventar noch zu ergänzen, um den Betrieb auf die volle Höhe bringen zu können. Bald hatte er, wie er sagte, eine günstige Gelegenheit, Pferde zu kaufen, bald waren es Futtermittel oder Geräte dieser Art. Weil ihm im geeigneten Augenblick leider die Barmittel fehlten, so halfen die künftigen Gutsherrinnen sehr gern aus. Hatten aber auch sie kein bares Geld, so akzeptierten sie Wechsel, die der Bräutigam rasch zu Geld machte, denn lieb er sich nicht wieder sehen. Die Kriminalpolizei war schon länger hinter dem Schwindler her, ermittelte ihn in der Brunnenstraße und nahm ihn fest. Hier wohnte er als Untermieter mit seiner wirklichen Gesehtin. Bis jetzt haben sich fünf Damen gemeldet, die dem Schwindler, einem schlusslosen Landwirt Kurt Grigull aus Schlesien, zusammen 60 000 M. opferten.

Protest gegen die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes.

Der Reichsverband Deutscher Konsumenten hatte die Spitzenverbände des Gewerbes, des Handels sowie der freien Berufe und der Verkäufervereine zu einer Zusammenkunft nach dem Spatenbräu geladen, um gegen die am 1. Dezember 1926 in Kraft tretende preussische Verordnung für gewerblich benutzte Räume zu protestieren. Der Vorsitzende des Verbandes Hr. Höpke wies in seinem Referat darauf hin, daß die Hausbesitzer nach ihrer Schuldlosigkeit bestrebt seien und irgendein Ausgleich zu ihren Gunsten seitens des preussischen Volkswirtschaftsministeriums nicht mehr nötig sei. Die preussische Verordnung stelle das unsozialste Gesetz dar, das je erlassen worden sei. Mit dieser Verordnung werde der Anfang der Beseitigung des Mieterschutzgesetzes überhaupt gemacht. In Hamburg und in Berlin seien die Mieten in den Hauptgeschäftstraßen um 200 bis 400 Proz. erhöht worden und sollen weiter bis auf 500 Proz. gesteigert werden. Solange die Zwangsbeschränkung der großen, im Hausbesitz investierten Vermögen mit Hilfe der Aufwertungsgeetze andauert, so lange ist weder eine wirtschaftliche noch eine moralische Berechtigung für eine Erhöhung der Mieten, weder für gewerbliche noch für Wohnräume, vorhanden. Deshalb fordern die unterzeichneten Organisationen die sofortige Zurückziehung aller Verordnungen, welche das Mieterschutzgesetz und das Reichsmietengesetz ganz oder teilweise zur Aufhebung bringen. Soweit aber eine Erhöhung der Mieten über die Friedenshöhe hinaus bereits Platz gegriffen hat oder nicht vermieden werden kann, muß der über die Friedenshöhe hinausgehende Ertrag zur Bewahrung von Lehrenten an notleidende Inkassogeschädigte sowie Klein- und Sozialrentner Verwendung finden.

Fernsprechämter und Vermittlungsstellen.

Neuorganisation des Ortsfernsprechbetriebes.

Für die Wahrnehmung des gesamten Ortsfernsprechbetriebes in Groß-Berlin sind jetzt acht Fernsprechämter eingerichtet worden, und zwar: 1. Fernsprechamt Mitte, W. 56, Säckerstr. 42, mit den Vermittlungsstellen Zentrum, Merkur, Dönhof. 2. Fernsprechamt Südwest, W. 30, Geisbergstr. 7-9, mit den Vermittlungsstellen Kurfürst, Böhme, Kollender. 3. Fernsprechamt Nordwest, Berlin-Charlottenburg 2, Goethestr. 2-3, mit den Vermittlungsstellen Hania, Roabit, Wilhelm, Steinplatz, Westend, Spandau, Tegel. 4. Fernsprechamt Nord, R. 24, Oranienburger Str. 72, mit den Vermittlungsstellen Norden, Humboldt, Pankow, Reinickendorf. 5. Fernsprechamt Ost, W. 18, Ballfabenstr. 90, mit den Vermittlungsstellen Alexander, Königstadt, Andreas, Vichtenberg, Weissenhof, Kaulsdorf, Such. 6. Fernsprechamt Südost, S. 42, Prinzessinnenstr. 23, mit den Vermittlungsstellen Moritzplatz, Reuthof, Hofenheide, Grünau, Oberhönoweide, Adlershof, Friedrichshagen, Köpenick. 7. Fernsprechamt Süd, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 27, mit den Vermittlungsstellen Stephan, Südring, Richterstraße, Steglitz, Breitenbach, Uckerstraße, Zehlendorf, Wannsee. 8. Fernsprechamt West, Berlin-Wilmersdorf 1, Pfalsburger Str. 42, mit den Vermittlungsstellen Pfalzburger, Umland, Bismarck, Döln, Rheingau.

Anträge sowie Schreiben der Teilnehmer in Angelegenheiten des Ortsfernsprechdienstes sind von jetzt ab an diese zuständigen Fernsprechämter zu richten.

Jöyllische Zustände im Elektrizitätswerk Dahme.

Vor dem Großen Schöffengericht Ludenwalde fand der Brandstiftungsprozeß gegen die Brüder Wientke in Dahme statt. Wegen der vielen Zeugen wurde der Prozeß allerdings von Ludenwalde nach Dahme verlegt. Es handelt sich darum, ob Brandstiftung der Brüder vorliegt oder ob der im höchsten Grade vernachlässigte Zustand der Elektrizitätsleistung das Feuer verursacht hat. Gleich bei Beginn der Verhandlung wies der Verteidiger Dr. Löwenthal auf die unerhörten Zustände im Elektrizitätswerk Dahme hin. Nach der Vernehmung des Angeklagten beschloß das Gericht, das abgebrannte Haus zu besichtigen, und tatsächlich stellte es sich heraus, daß sich die Leitung in einem höchst bedenklichen Zustand befunden haben muß. Während der Nachmittagsverhandlungen wurden sehr interessante Feststellungen über die Verhältnisse beim Elektrizitätswerk Dahme gemacht. Der Leiter des Werkes, der als Zeuge geladen war, mußte zugeben, daß in fast allen Häusern die Leitungen mehr als bedenklich seien. Er erklärte, daß in kaum einem Fall die Installateure die Anlage so wie es vorgeschrieben ist abgenommen haben, so daß eine Kontrolle durch das Elektrizitätswerk kaum erfolgen konnte. Nach dreitägiger Verhandlung verkündete das Gericht die Freisprechung der Angeklagten mit der Begründung, daß sich ihre Unschuld ergeben habe. Das Gericht verkündete ferner, daß die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse übernommen seien. Außerdem hat das Gericht beschlossen, den Angeklagten Entschädigung für ungeschädigt erlittene Untersuchungschaft zuzubilligen.

Die Revision in Sachen Leizerde.

Die Rechtsvertreter der Hauptverurteilten im Prozeß wegen des Leizerder Eisenbahnattentats, des Otto Schelling und Willig Weber, sind, wie aus Hildesheim gemeldet wird, sich nunmehr wegen der beim Reichsgericht einzulegenden Revision abschlüssig geworden und werden diese heute an das Reichsgericht abgeben. In der Begründung handelt es sich um die Frage, ob bei dem Verbrechen zwei selbständige Handlungen als vorliegend zu erachten sind, oder ob eine fortgesetzte Handlung in Betracht kommt, und ferner um die Frage, ob die Urheber des Attentats des Mordes mit Ueberlegung zu beschuldigen sind.

Wegen wirtschaftlicher Notlage ersah sich am Mittwoch vormittag die 46 Jahre alte Wilhelmine Tschernogolow in ihrer Wohnung Rumpfenburger Straße 4. Man brachte die Leiche in die Leichenhalle Egidienstraße.

Marjauer-Prozeß in Berlin. Ein Berliner Montagabstalt hatte den Fall des Landgerichtsdirektors Marjauer und der Beschwerde zweier Geschworenen gegen diesen Vorgesetzten zum Gegenstand heftiger Kritik gemacht. Der Kammergerichtspräsident als Vorgesetzter des Herrn Marjauer hat nun gegen diese Zeitung Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt.

Tom eigenen Hund zerfleischt. In ihrer Wohnung in der Kleiststraße 40 wurde heute vormittag die 58jährige Frau Henriette J. von der Dogge ihres Sohnes angefallen und schwer verletzt. Die rechte Hand wurde der Bedauernswerten so zerfleischt, daß sie im Elisabeth-Krankenhaus amputiert werden mußte. Da das Tier schon ein Jahr lang sein Futter von Frau J. erhält und sich nicht böseartig gezeigt hat, wird Tollwut vermutet. Der Hund wurde zur Unterjochung beschlagnahmt.

Strafaußsetzung für die frühere Gräfin Bothmer. Die Potsdamer Gerichte haben der früheren Gräfin Bothmer, die jetzt Frau v. Dirke heißt, für ihre Strafe eine Strafaußsetzung von drei Jahren zugewilligt.

Eröffnung der Schwarzwaldbahn von Tilske nach Seeburg. Ostern wurde, wie aus Freiburg i. B. gemeldet wird, die neue Schwarzwaldbahn von Tilske nach Seeburg, die sich in einem der schönsten Teile des badischen Schwarzwaldes erstreckt und vor allem den Zugang zum Feldberg erleichtert und auch eine Wegstunde kürzt, eröffnet.

Verdummungsfeldzug des Reichslandbundes.

Richtlinien für „Bildungsabende“ auf dem Lande.

Der Reichslandbund bzw. die von ihm unterhaltene „Berufsständige Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft“ veranstaltet sogenannte volkswirtschaftliche Bildungsabende auf dem Lande. Die bis ins kleinste gehenden umfangreichen Richtlinien sind dem Deutschen Landarbeiterverband bekannt geworden, der sie über die Reihen seiner Mitglieder hinaus der Landarbeitergemeinschaft zur Kenntnis bringen wird, um den Verdummungsfeldzug des Reichslandbundes zu durchkreuzen.

Wir müssen uns hier leider auf die Ausführung einiger Punkte dieser interessanten „Richtlinien“ beschränken.

„Einladender ist an Orten mit Arbeitnehmergruppen des Landbundes deren Vorsitzender. Fehlen solche Gruppen, so kann der Vorsitzende einer anderen nationalen Organisation,

in der Arbeiter des betreffenden Gutes vertreten sind, einladen, fehlt auch diese, so einfach der Arbeitgeber... Das Rauchen muß gestattet werden.“

„Zu stürmische Anbiederungsversuche

am ersten Abend sind zu unterlassen, da sie bei dem angebotenen Mißtrauen des Arbeiters nur negativen Erfolg haben. Dagegen ist die Reugierde der Arbeiter betreffs Herkunft des Lehrers zu befriedigen und ihr Mißtrauen wegen Unterbringung beim Chef usw. zu zerstreuen.

Ratwendig ist es, im Verlauf des nächsten Tages die Arbeiter bei einem Rundgang an ihrer Arbeitsstätte aufzusuchen und mit ihnen in ein (aber nicht zu noises) Gespräch über ihre jeweilige Beschäftigungsart zu kommen. Wesentlich ist, daß der Wanderlehrer vom ersten Augenblick ab, unter Umständen schon durch den Aufsicher, der ihn abholt (aber vorsichtig!) sich über die Verhältnisse auf dem Gute informiert, wozu ihm das vorgegedruckte Berichtsformular die nötigen Anhaltspunkte gibt. Er muß dem Chef, den Angestellten und Arbeitern gegenüber das notwendige Interesse für die Landwirtschaft zeigen und spätestens am zweiten Abend ein ungefähres Bild über die wirtschaftlichen und Lebensverhältnisse auf dem Gute haben. Er darf sich nicht betrennen lassen durch Hinweise wie: Die und die Leute sind knallrot und ähnliche Äußerungen, sondern er muß von vornherein versuchen, das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Ihm mit etwas Humor zu würzen, ist dankbar und in Form eines Bierabends abzuschließen ratsam, wenn das Interesse für den Kursus bis zum letzten Abend sich gesteigert hat oder mindestens gleich geblieben ist. Vorsicht ist hier jedoch geboten bei sehr roten Nachbarhöfen.

Die Freizeitsittungen gern zur Agitation gegen die Befugnisse benutzen. Teilnahme des Lehrers und besonders der Beamten am Kursus ist dringend erwünscht, jedoch sind mindestens einen Abend die Arbeiter mit dem Lehrer allein zu lassen, damit sie auch Fragen stellen, die sie in Gegenwart ihrer Vorgesetzten unterlassen.

Es soll gesprochen werden: am ersten Abend über die Anfänge der Wirtschaftspolitik, am zweiten Abend über die Schulgelder, die Handelsverträge, die Privatwirtschaft, am dritten Abend über den Kapitalismus als Unternehmertum in der Industrie, über die Auswirkung des Kapitalismus auf die Arbeiter, über den landwirtschaftlichen Besitz, über den landwirtschaftlichen Arbeiter, über die Entwicklungstendenzen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeiterpolitik, am vierten Abend über die Staatsaufstellungen, am fünften Abend über die Reparationspolitik, über den wirtschaftlichen Zusammenbruch und über alle die Fragen, die bei der gegenwärtigen Agitation des Reichslandbundes eine besondere Rolle spielen.

In einer Nummerung zu dem Thema des zweiten Abends wird empfohlen, den Eindruck streng sachlicher Behandlung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge — unter agrarischem Gesichtswinkel — zu erwecken, weiter aber das Eingehen auf sozialistische Gedankengänge zu vermeiden.

Gegenjähre gibt es hier nicht!

Die Befehle der Landarbeiter über ihr Verhältnis zu ihrem Herrn erfolgt nach diesen Leitlinien:

„Das Wesen der Landwirtschaft verlangt vom Arbeitgeber ein bedeutendes Maß von Vertrauen zu seinen Arbeitern, die auch unkontrolliert mehr Verantwortungsgesühl als die Industriearbeiter besitzen müssen. Räumliche Gebundenheit an einen Ort und an dieselbe Scholle, sowie die gleiche Abhängigkeit von höheren Gewalten, lassen Gegenjähre so leicht nicht aufkommen.“

Wie der Landarbeiter anzufassen ist:

„Der landwirtschaftliche Arbeiter ist Landwirt (!). Große Vielfältigkeit in seinen beruflichen Pflichten erhalten seine Freude an der Natur. Möglichst breite Schilderung des Landlebens unter Heranbeziehung seiner Vorteile. Ferner die Abhängigkeit des zeitweise besser entlohnten Industriearbeiters von Wirtschaftskrisen, die ihm Heim und Arbeit nehmen können.“

Der Pferdeschul!

Für den fünften Vortragsabend wird folgendes vorgeschlagen: „Ganz kurze Entwicklung des **Werkgemeinschaftsgedankens** gegenüber dem Genossenschaftsgedanken. Gegenseitige Erziehung! Erhaltung der Frontkameradschaft, Zusammenbruch der Berufsstände und Schaffung eines Blocks der Anständigen aus allen Lagern. Vorsicht: nicht zu patriotisch schließen!“

Den Abschluß der Richtlinien bildet ein Kapitel überschrieben: „Allgemeine Bemerkungen“. Darin heißt es: „Man muß den Kursus so abschließen, daß man bei den Leuten das Bewußtsein hinterläßt: Der Mann hat sachlich gesprochen. Dadurch entfaltet man für die Zukunft die roten

Seher und kann auf noch besseren Besuch beim zweiten Kursus rechnen. Man darf

keine scharfe Tendenz

bringen, sondern muß so enden, daß bei den Schläuere die logische Folgerung zum Werkgemeinschaftsgedanken nicht mehr schwer fällt. Beim zweiten Kursus kommt es darauf an, unter Verzicht auf Effekte belehrend zu wirken und ohne Bräuderie auch den Lehren des Marxismus mit sachlicher Kritik zu begegnen.

Den Arbeitgeber muß man schon nach dem ersten Kursus tatvoll auf die für ihn aus der Aufklärungsarbeit erwachsenden Konsequenzen (gesteigerte kritische Beurteilung seines Verhaltens) hinweisen.

Weitere Folgen zu ziehen und nachzufassen, ist Aufgabe des Arbeitersekretärs bzw.

des Stahlhelmsverbeoffiziers,

weswegen sich für den Wanderlehrer empfiehlt, bei seiner Arbeit in dem jeweiligen Kreise mit oben genannten Herren in Führung zu kommen und Beobachtungen auszusprechen.“

Die Kosten dieser „Erziehungsarbeit“ müssen die armen Gutsbesitzer selber zahlen:

„1. Von der Kursusgebühr sind 25 Mark an uns (Konto „Arbeitsgemeinschaft“ bei der Bank für Landwirtschaft, Berlin), die restlichen 25 Mark als Voranschlag an den Wanderlehrer auszusuchen.

2. Sonstige entstandene Barausgaben sind unmittelbar dem Wanderlehrer auszusuchen...“ schrieb man einem mecklenburgischen Gutsbesitzer.

Nachdem wir gesehen haben was hier gespielt wird, gilt es die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Landarbeitern die Augen zu öffnen. Sie müssen sonst noch obendrein die Kosten für die Verdummungsaktion mit Zins- und Zinseszins an ihre Herren zurückzahlen. Die Wanderlehrer des Reichslandbundes, die sich den Arbeitern in der Biedermonatsmaske der Uneigennützigkeit nahen, sind die bezahlten Agenten des landwirtschaftlichen Unternehmertums, die weder die ideellen noch materiellen Interessen der Landarbeiter, sondern die Profitinteressen der Unternehmer zu verfechten haben.

Ueberschichten und Soziallasten.

Ein Kapitel Unternehmerpolitik.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Der englische Bergarbeiterstreik hat eine völlige Umwälzung der deutschen Kohlenwirtschaft innerhalb weniger Monate hervorgerufen. Im Ruhrgebiet herrscht Hochkonjunktur. Die in Betrieb gehaltenen Zechen sind vollauf beschäftigt. Ueberschichten auf Ueberschichten werden verfahren.

Es wäre an der Zeit, zunächst einmal dafür zu sorgen, daß die arbeitslosen Bergarbeiter in den Produktionsprozess eingereiht würden. Vielen Erwerbslosen könnte auf diese Art Arbeitsgelegenheit gegeben werden. Der Gesundheitszustand der einzelnen Arbeiter wie der unserer Gesamtwirtschaft würde darunter gewiß nicht leiden.

Die Kommenbligkeit solcher Einstellungen ergibt sich aus folgendem: Im Ruhrgebiet betrug die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter: im Frieden 430 000 Mann, im Oktober 1926 400 891 Mann. Ritzen waren im Oktober noch 29 109 Arbeiter im Ruhrgebiet weniger als im Frieden beschäftigt. Rechnet man auf je Belegschaftsmittglied zwei Ueberschichten, so ergibt dieses für den Monat Oktober 801 782 Schichten. Die verfahrenen Ueberschichten auf einen Arbeiter umgerechnet, den Monat zu 26 Arbeitstagen, so ergibt das rund 30 837 Arbeiter, die im Oktober mehr beschäftigt werden konnten. Es wäre hier die beste Gelegenheit geboten, sehr viel Rot und Glend zu lindern.

Die Stilllegung der Betriebe wurde infolge der Klagelieder der Unternehmer durch die Kurzsichtigkeit der maßgebenden Instanzen sehr leicht gemacht. Die Genehmigung zur Stilllegung hatte ein Anschwollen der Arbeitslosenziffern zur Folge. Ein Teil der Schichtanlagen ist inzwischen dem Erdboden gleichgemacht. Die Unternehmer klagten aber über „hohe Soziallasten“, die gerade durch ihre Politik verursacht werden.

Die Forderungen der Beamten.

Nicht einmalige, laufende Zulagen sind notwendig.

Im Anschluß an die Besprechung mit dem Reichsfinanzminister haben sich die Vertreter der unten angeführten Organisationen zu einer Besprechung zusammengefunden und einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Ring Deutscher Beamtenverbände, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten haben im Anschluß an die Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Stellung genommen zu der Frage einer Besetzungsaufbesserung für die von ihnen vertretenen Beamten und Behördenangestellten. Hierbei stellten sie als ihre übereinstimmende Meinung fest, daß der wirtschaftlichen Notlage ihrer Mitglieder durch die vom Reichsfinanzminister geplante einmalige Zulage in geringer Höhe keineswegs abgeholfen werden kann. Die genannten Organisationen erwarten vielmehr vom Reichstag, daß er durch eine alsbald vorzunehmende angemessene Er-

höhung der laufenden Bezüge für die unteren und mittleren Gruppen und durch Anpaffung des Wohnungsgeldes an die gestiegenen Mieten endlich die Existenz dieser Gruppen auch für die kommende Zeit sicherstellt.

Rote Frontkämpfer gegen Berufsmusiker. Theorie und Praxis der KPD.

Von einem arbeitslosen Mitglied des Deutschen Musikerverbandes wird uns geschrieben:

Die KPD. veranstaltet gegenwärtig einen Kongreß der Erwerbslosen, um sich den Anschein zu geben, als hätten die Kommunisten es sich zur Aufgabe gesetzt, das Los der Erwerbslosen irgendwie zu erleichtern. Wie es mit der Fürsorge der Kommunisten für die Erwerbslosen bestellt ist, dafür folgendes Beispiel:

Die kommunistisch eingestellte Orchestergruppe Lettow des Arbeiter-Kadführerbundes „Solidarität“ hatte am 13. November ein Herbstvergügen in Klein-Rachnow veranstaltet. Zu diesem Vergügen gab es auch eine Tanzmusik. Als Musiker hat man nicht etwa gewerkschaftlich organisierte Berufsmusiker engagiert, von denen so viele erwerbslos sind, sondern die Tanzmusik wurde ausgeführt von der „Schallmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes“. Ueber die musikalischen Leistungen dieser famosen Schallmeienkapelle soll hier lieber nicht gesprochen werden. Diese Handlungsweise der Kommunisten zeigt so recht deutlich, wie der Kongreß der Erwerbslosen zu bewerten ist.

Die gelben Lieblinge der Unternehmer.

Wenn die Unternehmer Arbeiter finden, die sich mit ihnen in werkschaftlicher Weise zusammenfinden, so kann man ihnen das nicht verdenken. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft will aber nichts gemein haben mit dem gelben Gelichter. In der Kottbuser Str. 28 im „Bilfator“, Inhaber Wiesner, werden nur Mitglieder und Vorstandsmitglieder des gelben Fachverbandes deutscher Kellner, Brandenburgische, beschäftigt. Was organisierte Arbeiter beachten werden.

Nach der englischen Streikniederlage. Den Scharfmachern schwillt der Kamm.

London, 2. Dezember. (B.T.) Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In parlamentarischen Kreisen wird zuversichtlich erwartet, daß die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes, die in der nächsten Session von der Regierung dem Parlament vorgelegt werden wird, einen Generalstreik wie den vom letzten Mal für ungeheürlich erklären wird, und daß im Falle eines neuen Generalstreiks die Gewerkschaftsführer ihrer Immunität verlustig gehen werden, die sie im Falle eines gefehlich erlaubten Streiks genießen.

Die volle Kompottschüssel.

London, 2. Dezember. (B.T.) In einem Briefe des Verbandes britischer Industrien an den Premierminister wird auf die großen Lasten hingewiesen, die der Industrie in der schwierigen Zeit nach dem Kriege durch die verschiedenen neu eingeführten sozialpolitischen Gesetze (Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Pensionen) erwachsen. Die Unkosten werden auf 87 500 000 Pfund geschätzt, wovon ein erheblicher Teil von der Industrie aufgebracht werden müsse. Es wird erklärt, daß dies ein erhebliches Hemmnis für die Industrie, auch im Hinblick auf den ausländischen Wettbewerb, bedeutet, und die Regierung wird dringend aufgefordert, der Industrie angesichts der ernsten Lage keine neue Bürde aufzuerlegen, bevor die Zustände normal geworden sind.

Gehaltskonflikt auf der österreichischen Bundesbahn.

Wien, 2. Dezember. (U.) In einer Versammlung der Bundesbahnbeamten wurde gestern scharf Stellung genommen gegen die Haltung der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen in der Frage der Gehaltserhöhung. Die Versammlung nahm eine Entschliebung an, in der erklärt wird, daß zu dem Mittel des Streiks geschritten werden müsse, wenn die Verhandlungen mit der Generaldirektion nicht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

Der Ulaulche Gewerkschaftsbund hat sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin 414, Eberhardstr. 17/18 Hof 2 Tr.
Kreisleitung: Schöneberg-Friedenau, Kameradschaft Kubens. Monatsversammlung heute abend, 8 Uhr, bei Kühn, Kubensstraße 49. Erscheinen Pflicht.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Armin Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: Friebe, Chorn; Revolution: R. D. Wiber; Sozial und Konkrete: Erik Roth; Antireaktion: Th. Glaser; familiär in Berlin: Berios; Bornstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornstraße-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

ZÄHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Plätzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Köpenick 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführe. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediezene Arbeit

Schützt Eure Bücher

Bücherschrank in Eichen
Mk. 39.00
1,32 m hoch, 70 cm breit,
hell, braun ober,
dunkel, rot gefärbt,
im Eger. Werkstoff,
nach auserhalb.
E. Meckelburg,
Uewärts-Spedition
Berlin-Tempelhof,
Schützstraße 66
Tel. Rottentag 804;
Geöffnet von 7-7 Uhr

Winter-Stiefel
zuverlässig, unverwundlich nur bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke

Volks-Film-Bühne
im Städtischen Lichtspielhaus, Neukölln, Bergstraße 147.

Volks-Film-Bühne
im Städtischen Lichtspielhaus, Neukölln, Bergstraße 147.

Der Sohn der Berge

Der neue russische Groß-Film
Ein Drama aus dem Hochgebirge des Kaukasus
und
das glänzende Beiprogramm.

Spieltage Freitag, Sonnabend und Sonntag jeder Woche. Beginn der Vorstellungen an den Wochentagen 7, 9 u. 9 Uhr, Sonntags 5, 7 u. 9 Uhr. Eintrittspreise M. 0.60, 0.80 u. 1.—
Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Filmgenossenschaft.

Ratten und Mäuse

werden total ausgerottet, wenn Sie unser anerkanntes und toxischer wirkendes Nagerrotungsmittel „ROTSALZ“ verwenden. Viele Anerkennungen, Nachbestellungen und Weiterempfehlungen großer Firmen und Behörden beweisen verblüffende Wirkung.

So schreibt u. a. die Vereinigte Seidenweberei A.-G., Krefeld:
„Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die bisherigen Versuche in zwei unserer Fabriken günstig ausgefallen sind und nachhaltige Wirkung gezeigt haben. Wir bitten uns zu senden:
Rotsalz gegen Ratten und Mäuse
Grünsalz gegen schäd. Insekten
sind absolut sicher wirkende Tötungsmittel, unbegrenzt haltbar, von den Schädlingen gern genommen.
Rot- und Grünsalz kostet:
1/2-Pfd-Päckchen 2,10 M., 1 Pfd. 3,60 M.; 2 Pfd. 6,60 M.,
6 Pfd. 18,60 M., 10 Pfd. 30,60 M.
Ausführliche Prospekte kostenlos. — Versand gegen
Nachnahme oder Voreinsendung auf Postcheckkonto
Berlin 24633, bei Voreinsendung portofreie Lieferung
Chemisch-technische Gesellschaft
von Malottki & Co.
Berlin NW 40, Reichstagsufer 1